

Zu viel ist zu viel – wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz!

Die Schweiz will eigenständig Verträge mit anderen Staaten abschliessen, die jeweils beiden Seiten nützen. Die Schweiz braucht auch ausländische Arbeitskräfte – aber als souveräner Staat bestimmen wir selber, wer in unser Land kommt!

Das sieht die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer so: Wir wollen Herr im eigenen Land sein. Wir haben 2010 die Ausschaffungsinitiative und 2014 die Masseneinwanderungsinitiative angenommen.

Beide Verfassungsaufträge werden wegen der Personenfreizügigkeit mit der EU leider nicht umgesetzt. Die Folge: Unser Land muss jedes Jahr Zehntausende EU-Ausländer aufnehmen und kann kriminelle EU-Ausländer nicht ausschaffen. In den letzten 13 Jahre kamen eine Million Menschen zusätzlich in die Schweiz. Diese Masslosigkeit schadet!

Das können wir am 17. Mai 2020 korrigieren – mit einem Ja zur Begrenzungsinitiative! Ein Ja packt das Problem an der Wurzel und beendet die Personenfreizügigkeit in ihrer heutigen Form!

Das bringt uns Schweizerinnen und Schweizern ein Ja zur Begrenzungsinitiative:

1. Dann ersetzen billige EU-Ausländer nicht mehr Schweizer Arbeitnehmende

Denn die EU-Ausländer sind in ihrer Mehrheit schlicht günstige Arbeiter und verdienen im Durchschnitt weniger als wir Schweizer und Schweizerinnen. Besonders in der Westschweiz und im Tessin bestehen krasse Lohnunterschiede. Geben wir diesem Druck nicht nach und akzeptieren stagnierende oder gar sinkende Löhne, dann werden wir durch billige EU-Ausländer ersetzt. Darunter leiden vor allem ältere Schweizer Arbeitnehmende. Inzwischen werden bereits 46-jährige Schweizer und Schweizerinnen zunehmend in die Sozialhilfe abgeschoben!

2. Dann können wir endlich unser Kulturland und unsere Natur schützen

Die masslose Zuwanderung schadet unserem Land und unserer Umwelt. Unsere Infrastruktur stösst an Grenzen. Für diese Million Menschen, die in den letzten 13 Jahren zugewandert sind, musste eine Fläche von 57'000 Fussballfeldern zubetoniert werden. Eine Million mehr Menschen brauchen 454'000 neue Wohnungen und 543'000 zusätzliche Autos. Sie fahren im Jahr 9 Milliarden Strassenkilometer, verbrauchen 2 Milliarden Kilowattstunden Strom und 59 Milliarden Liter Trinkwasser, um nur einige Beispiele dieser immensen Belastung zu nennen. Da können wir noch lange ehrgeizige Klimaziele verabschieden – die masslose Zuwanderung macht alle Bemühungen zunichte.

3. Dann gibt es weniger Staus

Wer eine Million mehr Ausländer in nur 13 Jahren ins Land lässt, muss ihnen auch die Infrastruktur für das alltägliche Leben bereitstellen. Das ist beim Strassen- und Schienennetz nur ungenügend passiert. Das rasante Bevölkerungswachstum hat sich stark auf die Verkehrssituation ausgewirkt. Sowohl Strasse als auch Schiene stossen an ihre Kapazitätsgrenzen. 2018 wurden allein auf den Nationalstrassen 25'366 Staustunden gemessen. Im Vergleich mit 2007 ist dies mehr als eine Verdoppelung. Trotz Milliardeninvestitionen stehen die Verkehrsinfrastrukturen vor dem Kollaps. Wegen der Zuwanderung explodieren nicht nur die Staustunden, auch der Schienenverkehr nimmt jedes Jahr massiv zu. Überfüllte, verschmutzte und unpünktliche Züge sowie Zugausfälle sind die Folge einer mit dem raschen Wachstum am Limit laufenden Bahn sowie der Dauerbaustellen im Schienennetz. Geht die masslose Zuwanderung so weiter, dann sind die Prognosen düster.

4. Dann wird Wohnen wieder günstiger

Die Zunahme der Bevölkerung um eine Million in 13 Jahren führt dazu, dass die Nachfrage nach Wohnraum in der Schweiz wächst. Als Folge sind die Wohnkosten massiv angestiegen. Zwischen 2006 und 2016 sind die Preise für Wohneigentum in der Schweiz nur noch gestiegen, wobei die Immobilienpreise viel stärker zunahmten als die Löhne. Eine Wohnung, die 2006 beispielsweise für 500'000 Franken zu haben war, kostete 2016 knapp 720'000 Franken. Durch die horrenden Preise werden viele Schweizerinnen und Schweizer gezwungen, lange Pendlerstrecken in Kauf zu nehmen, in der Hoffnung, erschwinglichen Wohnraum zu finden. Doch auch auf dem Land sind die Mieten und mehr noch die Kosten für den Kauf von Eigentum aufgrund der grossen Nachfrage mittlerweile explodiert. Der Exodus von teuren in günstigere Regionen führt zu einer Fülle von weiteren Problemen, so unter anderem zu einer Verlagerung der Verkehrsprobleme, zu mehr Staus, überfüllten Zügen, zu Mangel an Schulraum und einer masslosen Überbauung von wertvollem Kulturland.

5. Dann können Schweizer Kinder in der Schule wieder etwas lernen

Die masslose Zuwanderung strapaziert die Integrationsfähigkeit unseres Landes und unserer Gesellschaft. Darunter leiden die Schwächsten: Unsere Kinder und Jugendlichen. Durch die Personenfreizügigkeit kommen vor allem schlecht Qualifizierte in die Schweiz, um hier zu bleiben. Ihre Kinder sind schlechter gebildet und drücken deshalb das Bildungsniveau. Insbesondere in städtischen Gebieten beträgt der Anteil an fremdsprachigen Kindern in den Klassen oft über 50%. Eine Studie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung hat festgestellt, dass bereits ab einem Migrantenanteil von 20% deutlich geringere Leistungen an den Schulen zu beobachten sind. Die Folgen sehen wir bereits bei den neusten Pisa-Studien: Die Kinder können weniger gut rechnen und lesen. Zudem nehmen teure sonderpädagogische Massnahmen zu und es braucht mehr Stellen für Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter. Im Unterricht müssen immer mehr sprachliche, soziale, kulturelle oder familiäre Probleme gelöst werden, statt dass den Kindern Wissen und Fähigkeiten vermittelt werden. Schweizer Kinder müssen sich sprachlich und verhaltensmässig immer mehr an die ausländische Dominanz anpassen, heute wird an manchen Schulen bereits auf Weihnachtsfeiern oder Adventskränze verzichtet. Die Qualität unserer öffentlichen Schulen leidet.

6. Dann kommen endlich nicht noch mehr schlecht Qualifizierte

Die Befürworter der Personenfreizügigkeit, allen voran der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, sagen, die Personenfreizügigkeit sei wichtig, um den Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften in der Schweiz zu beheben. Das Gegenteil ist der Fall: Auch nach 13 Jahren Personenfreizügigkeit ist der Mangel nicht behoben. Der Grund: Nur jeder fünfte EU-Zuwanderer arbeitet in einem Beruf, in dem in der Schweiz Mangel herrscht. Alle anderen verdrängen vor allem unsere eigenen Arbeitskräfte. Dies belegen die offiziellen Zahlen des Bundes und eine Studie des Kantons Zürich.

7. Dann können Schweizer Firmen die nötigen Hochqualifizierten rekrutieren

Die Schweizer Wirtschaft braucht hochqualifizierte Arbeitskräfte aus der ganzen Welt. Es ist aber ein Märchen, dass diese durch die EU-Personenfreizügigkeit in die Schweiz kommen. Wahr ist: Auch ohne Personenfreizügigkeit können Schweizer Firmen jederzeit und aus der ganzen Welt die nötigen Arbeitskräfte rekrutieren. Zudem: Ohne Personenfreizügigkeit können wir Schweizerinnen und Schweizer die Zuwanderung so steuern, dass sie unserem Land und unserer Gesellschaft endlich mehr Nutzen als Schaden bringt.

8. Dann schützen wir die Sozialwerke vor der Plünderung durch EU-Ausländer

EU-Ausländer sind fast zweimal häufiger erwerbslos als Schweizer und sie ziehen mehr Geld aus der Arbeitslosenkasse, als sie einbezahlt haben. Bei Angehörigen mancher EU-Staaten ist das Missverhältnis von Leistung und Bezug besonders ausgeprägt: Portugiesen beziehen 52% mehr Leistungen, Osteuropäer 44% mehr. Und obwohl bereits 6 von 10 Sozialhilfeempfängern Ausländer sind, reisst die Zuwanderung schlecht qualifizierter EU-Ausländer und Asylanten nicht ab. Zum Erhalt unserer Sozialwerke und nicht zuletzt zum Erhalt des sozialen Friedens in unserem Land müssen wir die Zuwanderung endlich wieder selber und nach den Bedürfnissen unseres Landes steuern.

9. Dann ist die Schweiz vor allem für Frauen wieder sicherer

Die aktuelle Kriminalstatistik 2018 spricht eine eindeutige Sprache: Es wurden 432'754 Straftaten gegen das Strafgesetzbuch, 76'308 gegen das Betäubungsmittelgesetz sowie 38'405 gegen das Ausländergesetz erfasst. Die Zahl der angezeigten, ausländischen Beschuldigten ist gegenüber dem Vorjahr um satte 4% gestiegen. Schuld sind unter anderem die Massenzuwanderung und eine verfehlte Asylpolitik, die zulässt, dass Ausländer in unser Land strömen, deren Identität völlig unbekannt ist. Viele von ihnen begehen regelmässig Straftaten. Längst ist statistisch erwiesen, dass ein grosser Teil der Gewalt importiert ist. Sowohl laut der Kriminalstatistik des Bundes, als auch laut der Verurteilten-Statistik, sind vor allem ausländische Männer gewalttätig. Migrantinnen und Migranten sind – gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung von rund 25% – vor allem bei schweren Gewalt- und Sexual-Delikten als Täter massiv übervertreten. Dies gilt auch für die häusliche Gewalt, die für viele Frauen tödlich endet.

10. Dann sind wir Schweizer nicht mehr fremd im eigenen Land

Die masslose Zuwanderung gefährdet auch unsere schweizerische Identität. Die Schweizerinnen und Schweizer einigt das Bekenntnis zum politischen Sonderfall mit den staatstragenden Säulen Unabhängigkeit, Föderalismus, direkte Demokratie, bewaffnete Neutralität sowie Selbstbestimmung. Hinzu kommen Werte und Tugenden wie ein hohes Mass an Eigenverantwortung, das Streben nach Qualität, die Widerstandsfähigkeit aber auch ein ausgeprägter Gemeinschaftssinn, der Stärkere und Schwächere verbindet. Durch die masslose Zuwanderung werden unsere Werte immer mehr durch importierte Wertvorstellungen verdrängt. Bereits ist vielerorts die traditionelle dörfliche Kultur verarmt. Auch am Arbeitsplatz findet ein Wertewandel statt. Chefs aus dem Ausland bringen eine neue Führungskultur mit und stellen bevorzugt eigene Landsleute ein. Nur mit einer massvollen und kontrollierten Einwanderung können wir unsere Traditionen, unsere Kultur und damit unsere Identität für uns und unsere Nachkommen erhalten.

11. Dann bestimmen wir Schweizer endlich selber, wer in unser Land kommt

Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2007 haben 500 Millionen Menschen in den EU-Staaten einen Rechtsanspruch auf Einwanderung in unser Land. Das heisst, sie und nicht wir Schweizerinnen und Schweizer bestimmen, ob sie in unser Land kommen. Mit gravierenden Folgen: Allein in den letzten 13 Jahren kamen eine Million Menschen. Heute zählen wir 8,6 Millionen Einwohner und wegen der Personenfreizügigkeit kommen jedes Jahr Zehntausende zusätzliche dazu. Schon bald leben wir in einer 10-Millionen-Schweiz. Die Rechnung für diese Masslosigkeit bezahlen wir Schweizer Arbeitnehmende und Steuerzahlende.

12. Dann muss der Bundesrat endlich den Volkswillen umsetzen

2014 haben Volk und Stände die Masseneinwanderungsinitiative angenommen. Gemäss dem neuen Verfassungsartikel 121a muss die Schweiz die Zuwanderung eigenständig steuern. Um dies zu erreichen, hätte der Bundesrat das bestehende Personenfreizügigkeitsabkommen neu verhandeln müssen. Die EU weigerte sich drei Jahre lang, dies zu tun. Der Bundesrat liess sich dies gefallen und die EU konnte so auftreten, weil sie wusste, dass es bei Nichteinigung keine Kündigung der Personenfreizügigkeit geben würde. Das ist mit der Begrenzungsinitiative nun anders: Sie fordert Neuverhandlungen innerhalb eines Jahres. Und nur dann, wenn nicht verhandelt wird, erfolgt die Kündigung.

13. Dann wird das Loch in der AHV-Kasse nicht noch grösser

Dass die EU-Ausländer dabei helfen würden, die AHV zu finanzieren, ist ebenfalls ein Märchen. Langfristig führt die Personenfreizügigkeit die AHV in ein Kostendesaster. Selbst der Bundesrat warnt in der neusten Botschaft zur AHV vor einer Trendumkehr: Bislang habe die Zuwanderung die zu tiefe Geburtenrate ausgeglichen und so zur Finanzierung der Altersvorsorge beigetragen. «Sobald diese Personen, die derzeit noch im Erwerbsalter sind, das Rentenalter erreichen, wird sich der Trend jedoch ändern.» Hinzu kommt, dass viele Zuwanderer im Gegensatz zu Schweizerinnen und Schweizern über AHV-Beitragslücken verfügen und im Alter auf Ergänzungsleistungen (EL) angewiesen sein werden. Heute beziehen schon mehr als doppelt so viele Ausländer EL als Schweizerinnen und Schweizer. Wenn dann die Million Zuwanderer der letzten 13 Jahre in Pension geht oder eine IV-Rente erhält, wird diese Quote wohl nochmals stark ansteigen. Die Rechnung zahlt am Ende der Schweizer Steuerzahler.

14. Dann profitieren nicht nur die Grosskonzerne von der Zuwanderung

Economiesuisse versprach bei den Abstimmungen über die Personenfreizügigkeit oder andere bilaterale Verträge schon mehrfach «Bäume voller saftiger roter Äpfel». Wir erinnern uns an die entsprechenden Abstimmungsplakate. In Realität profitieren vor allem die Grosskonzerne. Sie und ihre meist ausländischen Manager haben nicht das Wohl des Schweizervolkes im Sinne. Sie wollen ihren Unternehmen die Möglichkeit verschaffen, noch schneller mehr Billig-Ausländer in die Schweiz zu holen, um so teurere Schweizer Arbeitskräfte zu ersetzen. Das ist Gewinnmaximierung einiger Grossunternehmen auf dem Buckel des Schweizer Sozialstaates und der gesamten Gesellschaft.

15. Dann haben wir Schweizer wieder etwas vom hart erarbeiteten Wohlstand

Es ist auch entscheidend, wer in die Schweiz kommt um zu bleiben. Leider werden vor allem schlecht qualifizierte EU-Ausländer aus Südeuropa in der Schweiz sesshaft. Man kann also im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit von einem Massenansässigkeits-Problem sprechen: Jeder schlecht qualifizierte Ausländer, der in der Schweiz bleibt, ohne hier viel zum wirtschaftlichen Wachstum und Erfolg beizutragen, bremst die Wohlstandsentwicklung des gesamten Landes und damit jedes einzelnen Schweizers und jeder einzelnen Schweizerin. Zwar setzt die Schweizer Wirtschaft von Jahr zu Jahr mehr um, aber der erwirtschaftete Wohlstand muss wegen der unkontrollierten Zuwanderung auf immer mehr Köpfe verteilt werden. Für die breite Bevölkerung bedeutet die Personenfreizügigkeit daher nicht mehr Wohlstand, sondern vor allem eine Mehrbelastung.